

Anfrage

öffentlich

Datum

22.03.2010

Nummer

F0046/10

Absender

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Adressat

Oberbürgermeister
Herrn Dr. Lutz Trümper

Gremium

Stadtrat

Sitzungstermin

25.03.2010

Kurztitel

HH-Sperren beim Personal- und Leistungsetat der Jobcenter

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Abgeordneten von CDU/CSU und FDP haben mit der Verabschiedung des Bundeshaushaltes 2010 in der vergangenen Woche eine Sperre in Höhe von 300 Millionen Euro bei den Verwaltungskosten für die Durchführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende und eine weitere Sperre in Höhe von 600 Millionen bei den Leistungen zur Eingliederung in Arbeit für Arbeitsuchende beschlossen. Nach einem Vermerk der Bundesagentur für Arbeit können diese Sperren zur Folge haben, dass rund 100 Jobcenter und Optionskommunen ab Mitte 2010 handlungsunfähig sind und dass bis zu 10.000 Stellen bei der Beratung und Vermittlung bedroht sind.

Die Sperre kann erst dann aufgehoben werden, wenn das Bundesarbeitsministerium ein Konzept zum effektiveren Einsatz der Mittel vorgelegt hat.

Wir fragen daher an:

1. In welchem Umfang machen sich die Sperren im Bundeshaushalt bei den Verwaltungskosten und den Leistungen zur Eingliederung in Arbeit bei den Zuweisungen an das Jobcenter Magdeburg bemerkbar?
2. Welche Auswirkung hat dies auf die Personalsituation und die aktive Arbeitsmarktpolitik des Jobcenters Magdeburg, wenn die Sperren nicht zeitnah oder überhaupt nicht aufgehoben werden?

Wir bitten um kurze mündliche und falls notwendig, um ausführliche schriftliche Beantwortung der Anfragen.

Thorsten Giefers
Stadtrat